

## Pressemitteilung

# Pulver bei Antibiotika nicht verschießen

## Verordnungen von Reserveantibiotika in Schleswig-Holstein wieder gestiegen

Kiel, 08.02.2024

In Schleswig-Holstein werden wieder mehr Reserveantibiotika verordnet. Deren Anteil machte im Jahr 2022 rund 45 Prozent aller Antibiotikaverordnungen aus. Im Vorjahr lag der Anteil bei 40 Prozent. Das zeigt eine aktuelle Auswertung des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO). Als Reserveantibiotika werden Antibiotika bezeichnet, die für einen Einsatz mit strenger Indikation vorgesehen sind. Sie sollen nur dann verwendet werden, wenn Standardantibiotika nicht mehr helfen, beispielsweise bei Infektionen mit Bakterien, die gegen die gängigen Antibiotika resistent sind. „Damit die Medizin ihre therapeutischen Möglichkeiten bei der Behandlung schwerwiegender bakterieller Infektionen nicht verliert, ist ein zurückhaltender und verantwortungsbewusster Einsatz von Reserveantibiotika unbedingt erforderlich“, sagt Tom Ackermann, Vorstandsvorsitzender der AOK NordWest. Das Problem der Antibiotika-Resistenzen werde noch dadurch vergrößert, dass die pharmazeutische Industrie in den letzten Jahren nur wenige neue Antibiotika auf den Markt gebracht habe.

### Resistenzen vermeiden

Der Verordnungsanteil von Reserveantibiotika ist in Schleswig-Holstein seit Jahren kontinuierlich rückläufig. So ist im Vergleich zu 59 Prozent im Jahr 2013 ein Rückgang der Verordnungen auf 40 Prozent in 2021 festzustellen. Im Jahr 2022 wurde dieser Trend hingegen durchbrochen und der Anteil der Reserveantibiotika stieg wieder auf 45 Prozent an. Damit entfiel fast jede zweite Antibiotikaverordnung auf ein Reserveantibiotikum. Insgesamt wurden im Jahr 2022

rund 430.000 Packungen Reserveantibiotika für gesetzlich versicherte Patientinnen und Patienten verordnet. Dies ist aus Expertensicht nach wie vor problematisch, da diese Medikamente eigentlich nur Mittel der zweiten Wahl darstellen für deren Einsatz eine strenge Indikation vorgesehen ist. „Je sorgloser Antibiotika verordnet werden, desto häufiger werden Bakterien dagegen resistent. Die einstigen Wunderwaffen gegen Infektionskrankheiten werden durch ihren starken Einsatz zunehmend stumpfer“, so AOK-Chef Ackermann. Dabei ist zu beachten, dass Antibiotika sowieso nur gegen bakterielle Infektionen wirken und völlig unwirksam sind, wenn eine Infektion durch Viren ausgelöst wurde.

### **Abweichen von Standardtherapie könnte Situation verschärfen**

Auch die in den letzten Jahren häufig berichteten Lieferengpässe bei ausgewählten Antibiotika könnten die angespannte Situation weiter verschärfen. Vor allem von den Engpässen betroffen waren Standardantibiotika wie Amoxicillin, Phenoxyethylpenicillin und Ampicillin, aber auch Reserveantibiotika wie Cotrimoxazol und Cefaclor. Damit in Deutschland auch weiterhin ein Versorgungsengpass bei Antibiotika vermieden werden könne, müsse der Gesetzgeber durch ein verpflichtendes Meldeverfahren von pharmazeutischen Herstellern, Großhändlern und Apotheken für eine lückenlose Transparenz über die komplette Lieferkette für Antibiotika und andere Arzneimittel sorgen.

### **Neue Wirkstoffe werden benötigt**

Der AOK-Chef weist anlässlich der aktuellen Auswertung darauf hin, dass neben einer zurückhaltenden Verordnung auch Wirkstoffe mit neuen Wirkprinzipien benötigt werden, die in der Lage sind, die gegebenen Resistenzen zu überwinden. Allerdings scheint der betriebswirtschaftliche Anreiz zu fehlen: „Die Pharmaindustrie fokussiert sich lieber auf Wirkstoffe, mit denen noch höhere Preise und noch höhere Umsätze erzielt werden können.“ Um hier gegenzusteuern, hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung 2018 bis zu 500 Millionen Euro für zehn Jahre bereitgestellt, mit denen unter anderem die Entwicklung neuer Antibiotika unterstützt werden soll. „Diese öffentliche Förderung wird hoffentlich helfen, innovative Arzneimittel an den Start zu bringen. Allerdings muss sichergestellt werden, dass die öffentliche Hand bei diesen Wirkstoffen nicht doppelt zur Kasse gebeten wird – einmal für die Forschungsförderung und andererseits für die von der pharmazeutischen Industrie aufgerufenen hohen Preise“, so Ackermann.